



Vertheilung: 100 Exemplare gratis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnent 50 Pf., außerhals pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf., Einzelverkauf pro Nummer 10 Pf., Ausland 20 Pf., Deutsches 30 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 336. Mittag-Ausgabe.

Sechshundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 22. Juli 1875.

## Deutschland.

**Breslau, 21. Juli.** [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Obersten a. D. von Wintersfeld, bisher von der Armee, und dem Oberbürgermeister Dopsen zu Hildesheim den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Gymnasial-Director Grimme zu Heiligenstadt den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Militär-Ärzt, Dr. med. Nachtigal zu Berlin, den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Probianmeister, Lieutenant a. D. Simons zu Trier, den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Sandgäckermeister und Knappschäfer-Meister Peter Liebling zu Reutlingen den Kreis-Ordre, dem pensionirten Gerichtsboten und Executor Krüger zu Wittenwalde im Kreise Teltow, dem pensionirten Steuereinsamler Weisger zu Reppen im Kreise West-Sternberg, dem pensionirten Thierarzt Martin zu Jauer und dem pensionirten Kalkenwärter und Bureauinhaber Schlor, bisher zu Breslau, jetzt zu Klein-Görlitz im Kreise Pommern, das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Einjährig-Freiwilligen, überzahligen Gefreiten Dörbender im 2. Hannoverschen Dragoner-Regiment Nr. 16, und dem Füsiliers Reichardt im 4. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 72 die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den Flügel-Adjutanten Sr. königlichen Hoheit des Großherzogs von Baden, Major Freiherrn Gler von Ravensburg, und Hauptmann von Froben, die Erlaubnis zur Anlegung der von dem Könige von Sachsen Majestät ihnen verliehenen Insignien des Comthurkreuzes zweiter Klasse des Albrechts-Ordens erteilt.

Se. Majestät der König hat dem Kreisgerichts-Secretär, Rassen-Controleur und Sportel-Revisor Hellmann zu Greusburg O.S. bei seiner Versetzung in den Ruhestand den Charakter als Kassen-Rath verliehen.

Dem Verweser des kaiserlichen Vice-Consulates zu Jassy, G. Kornhoffer, ist, auf Grund des Gesetzes vom 4. Mai 1870, in Vertretung des zur Zeit von Jassy abwesenden kaiserlichen Vice-Consuls für den dortigen Amtsbezirk die allgemeine Ermächtigung erteilt worden, bürgerlich gültige Geschreibungen von Deutschen vorzunehmen und die Geburten, Heirathen und Sterbefälle von Deutschen zu beurkunden.

Dem Regierungs-Hauptkassen-Rendanten, Landrentmeister Reitzig in Breslau ist die Stelle des Rendanten bei der königlichen Münze in Berlin verliehen worden. — Die Münzarbeiter in der königlichen Münze in Hannover ist dem Münzarbeiter-Schlichter aus Frankfurt a. M. verliehen worden. — Der bisherige Lehrer und commissarische Kreis-Schul-Inspector Dr. Pollok in Röhmit ist zum Kreis-Schul-Inspector im Regierungsbezirk Osnabrück; und der bisherige Gymnasial-Hilfslehrer und commissarische Kreis-Schul-Inspector Michael Gräff in Welschen zum Kreis-Schul-Inspector im Regierungsbezirk Posen ernannt worden. Dem Gymnasial-Oberlehrer Rinzel zu Ratibor ist das Prädikat „Professor“ beigelegt worden.

Den Herren Emile Clauselles und Aron Joseph Meyer zu Paris ist unter dem 17. Juli d. J. ein Patent auf einen Flüssigkeitsmesser auf drei Jahre erteilt worden.

**△ Berlin, 20. Juli.** [Das Erkenntnis gegen den Grafen Arnim.] Die Raiffeisen'schen Darlehnskassen. Aus dem schriftlichen Erkenntnis des Kammergerichts in dem Arnim'schen Prozeß verdient hervorgehoben zu werden, daß die Staatsanwaltschaft in zweiter Instanz Beweishebung beantragt hat, über Vorgänge in der Mitte der 50er Jahre, „bei welchen Angeklagter einen Schutzmann beleidigt und einen Thiergartenwärter in Ausübung seines Berufes gemißhandelt, sich auf letzterem gegenüber unter Versicherung auf sein Ehrenwort einen falschen Namen beigelegt und eine unrichtige Wohnung angegeben haben soll“, daß aber das Kammergericht die Beweishebung über diese Vorgänge, weil sie „auf die Entscheidung der vorliegenden Untersuchung völlig einflußlos“ sind, abgelehnt hat. Die Thiergartengeschichte ist durch die Presse zu Anfang des Arnim'schen Prozeßes wieder an die Öffentlichkeit gezogen; die Version, daß Graf Arnim bei jener Gelegenheit, wo er sich nicht eben gestitt betrogen haben soll, auch ein falsches Ehrenwort gegeben habe, ist neu. Aber wie kommt der Staatsanwalt dazu, die vor 20 Jahren passirte Affäre in diesem Prozeß gegen den Angeklagten in zweiter Instanz ins Feld zu führen? Meinie er ernsthaft, es fände sich ein Gericht zweiter Instanz, welches darüber noch Beweis zu erheben, beschließen könnte? Und dies müßte doch die ernsthafteste Meinung des betreffenden Staatsanwalts sein, sonst wäre das Wiederaufleben jener Geschichte nur ein Act der Gefährlichkeit und somit aus Pflichtvergessenheit hervorgegangen. Wenn man die ganzen Vorgänge vor der Voruntersuchung, die erst zwei Tage nach des Angeklagten Verhaftung in Rastenburg eröffnet wurde und in der Voruntersuchung, die nach dem jetzigen Urteil des Kammergerichts von dem dazumal durchaus incompetenten Stadtgericht geführt wurde, einer rein juristischen Kritik nach der strafprozessualischen Seite unterzieht, so wird man daraus reichliches Material für den künftigen Strafprozeß finden, — noch dazu, da in einer cause célèbre gegen einen Mann aus der hohen Aristokratie und aus der höchsten Beamtenstadt alle amtlich Beteiligten sich bemühen, nicht bloß streng geschäftlich und correct, sondern auch mit höchster Sorgfalt zu verfahren. Ob die Staatsanwaltschaft als ein ständiges Amt beizubehalten sei, wird der unparteiische Kritiker aus dem Prozeß Arnim wohl kaum Material für die Bejahung der Frage, aber viel Material für deren Verneinung vorfinden. Hoffentlich wird es im Reichstage verwerthet werden. — In Ansehung der mit offiziellem Schein bepatentirten Mittheilungen über eine in Kürze bevorstehende Entscheidung der preuß. Regierung über die Raiffeisen'schen Darlehnskassen in Folge der vom landwirtschaftlichen Ministerium veranlaßten sogen. Enquête, höre ich aus absolut zuverlässiger Quelle, daß das landwirtschaftliche Ministerium resp. die Regierung zur Zeit in keiner Weise veranlaßt oder genöthigt sei, die Frage jener Kassen amtlich zu entscheiden. Es erschien von vornherein kaum glaublich, daß der Minister Dr. Friedenthal nicht vorziehen werde, eine volkswirtschaftliche Controverse über die Solidität von Instituten nur im Wege des freien Meinungs-Austausches zum Ausdruck bringen zu lassen. Der Bericht der Enquête-Commission wird in diesen Tagen in den „landwirtschaftlichen Jahrbüchern“ abgedruckt erscheinen, und dadurch für die weitere Untersuchung der Frage neues Material gewonnen. — Interessant ist, daß unter den von Darlehnskassen-Vorstellern erstatteten Berichten, welche der Regierungsrath Beck in seinem auch von Schulze-Delitzsch sehr belobten Buche über jene Kassen im Regierungsbezirk Trier veröffentlicht, sich vor allen andern der eines katholischen Geistlichen — der des Pfarrers Schoop in Bissen bei Saarbrücken durch die klare Erkenntnis der Fehler des Systems auszeichnet. Befagter Pfarrer kommt durch seine Praxis als Vorsteher eines sogen. Raiffeisen'schen Vereins in fast allen Punkten zu denselben Grundätzen, welche die Schulze-Delitzsch'schen Volksbanken bei ihrem Meinungs-Austausch ihrer Erfahrungen als nicht mehr aufrechtbar erachten; er spricht sich entschieden dagegen aus, daß solche Vereine durch auswärtige Unterstützung künstlich zur Blüthe gebracht werden, — ein mühsames Sich-

emporarbeiten gilt auch ihm fast für eine Grundbedingung dauernder Lebensfähigkeit.

**○ Berlin, 21. Juli.** [Der Kaiser. — Pajzwang in Spanien.] Aus Gastein sind directe Mittheilungen eingegangen, welche bestätigen, daß das Befinden des Kaisers in jeder Hinsicht befriedigend ist. Ueber den Unfall auf der Eisenbahn, welcher jüngst das Leben des Kronprinzen in Gefahr brachte, ist die Untersuchung jetzt abgeschlossen. Das Ergebnis derselben, soweit darüber amtlich Kenntniss gegeben worden, stellt fest, daß der Bahnhof-Inspector auf der Unglücksstation vor Ankunft des Zuges die Weichenstellung besichtigt und Alles in der Ordnung gefunden habe. Zwischen dieser Besichtigung und der Anmeldung des Zuges verfloß jedoch noch einige Minuten und der Weichensteller, welcher sich inzwischen von seinem Plage entfernt hatte, kehrte erst zur Weiche zurück, als das Ankunfts-Signal vernommen wurde. In einem Moment der Verwirrung glaubte er die Weiche noch nicht richtig gestellt zu haben und nahm eine Abänderung in der Weichenstellung vor, wodurch gerade das Unglück herbeigeführt wurde. — In Spanien ist der im Jahre 1863 aufgehobene Pajzwang durch eine neuere Verfügung der Regierung vom 1. d. M. wieder eingeführt worden. Es wird durch diesen Erlaß bestimmt, daß die Gouverneure der Provinzen den Austritt von Personen aus Spanien nur dann zu gestatten haben, wenn dieselben einen vom Gouverneur des Ortes ihres Domicils ausgestellten Paß vorzuweisen im Stande sind und daß beim Eintritt ein mit dem Bismarck des spanischen Consuls derjenigen Stadt versehener Paß vorgelegt werden muß, in welcher der Reisende sich zuletzt aufgehalten hat. Personen, welche ohne eine solche Legitimation an der Grenze betreten werden, sollen daselbst bis zur Feststellung ihrer Personen zurückgehalten werden. Um jeder Weiterung zu entgegen, wird es auch für Deutsche notwendig sein, für den Eintritt auf spanisches Gebiet sich mit Pässen zu versehen und diesen das spanische Bismarck beifügen zu lassen.

[Abgereist:] Se. Excellenz der Staats-Minister und Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten, Dr. Friedenthal nach Giesmannsdorf bei Rellie.

[Die Verwaltungsgerichte.] Nach dem Gesetze über die Verfassung der Verwaltungsgerichte, welches am 3. Juli, wie mitgetheilt, von Sr. Majestät dem Könige vollzogen worden ist und am 1. October d. J. in Kraft tritt, soll bekanntlich für jeden Regierungsbezirk am Amtssitze des Regierungspräsidenten ein aus fünf Mitgliedern zusammengesetztes Bezirks-Verwaltungsgericht bestehen. Zwei dieser Mitglieder, von denen eins zum Richteramt, eins zur Bekleidung von höheren Verwaltungämtern befähigt sein muß, sollen vom König auf Lebenszeit ernannt, die drei andern Mitglieder auf drei Jahre aus den Einwohnern des Gerichtsprengels durch die Provinzialvertretung gewählt werden. So lange jedoch bei den Bezirks-Verwaltungsgerichten ein ausreichender Geschäftsumfang nicht vorhanden ist, kann die Besetzung der vom Könige zu ernennenden Mitglieder im Nebenamt für die Dauer ihres Hauptamtes am Orte des Bezirks-Verwaltungsgerichts erfolgen. Einstweilen sollen die ernannten Mitglieder der bestehenden Bezirks-Verwaltungsgerichte in Thätigkeit bleiben. Dasselbe gilt in Betreff der von den Provinzial-Landtagen gewählten Mitglieder der bestehenden Bezirks-Verwaltungsgerichte für diejenige Zeit, für welche sie bestellt worden sind.

In Gemäßheit dieser Bestimmungen werden nun nach der „Prov. Corresp.“ die auf Grund der neuen Kreisordnung gebildeten Verwaltungsgerichte als Bezirks-Verwaltungsgerichte auch über den 1. October d. J. hinaus bis auf Weiteres bestehen bleiben können. Ein Bedürfnis, die beiden berufsmäßigen Beamten auf Lebenszeit anzustellen, wird bis zu dem Zeitpunkt, wo die Geschäfte der Bezirks-Verwaltungsgerichte durch die Gesetzgebung einen noch größeren Umfang erhalten haben werden, voraussichtlich nur für einige wenige Bezirks-Verwaltungsgerichte mit sehr großen Sprengeln hervortreten; jedoch würde eventuell auch für diese Gerichte die lebenslängliche Anstellung der beiden berufsmäßigen Beamten erst nach stattgehabter Regelung des Etats der Verwaltungsgerichte, frühestens vom 1. April 1876 ab erfolgen können.

[Erhebungen.] Die „Germania“ theilt mit, daß wie an anderen Orten in Preußen, so in den letzten Tagen auch hier auf Grund des Klostergesetzes durch Regierungsbeamte und Polizeibehörde Erhebungen in den Ordensniederlassungen stattgefunden haben. Am (16.) Freitag erschien im Hause der Grauen Schwestern, Niederwallstraße 9, ein Regierungsbeamter in Begleitung von vier Polizeibeamten (während zwei Schuppleute auf der Straße patrouillirten), um den Personal- und Vermögensbestand der Anstalt festzustellen, eine Aufgabe, die volle sieben Stunden — von 9 Uhr früh bis 4 Uhr Nachmittag — in Anspruch nahm, ohne schließlich zur Zufriedenheit der Requirenten gelöst zu werden. In Beziehung auf den Personalstand ergab sich, daß unter den 25 Schwestern eine sich befand, die nach dem 3. Juni aus der Filiale in Spandau hierher zurückgekehrt war, um mit einer hiesigen zu wechseln. Derselben wurde bedeutet, dorthin zurückzugeben, da nur mit ministerieller Genehmigung eine Veränderung des Personenstandes stattfinden dürfe. Hauptzweck der Visitation war jedenfalls die Ermittlung des Vermögensstandes, zu welchem Zwecke die Oberin über den Besitz der Häuser, darauf ruhende Lasten, Einnahmen und Ausgaben sich äußern mußte. Es wurden von ihr auf Verlangen das Schuldenverzeichnis (ca. 31,000 Thlr.), das Sammelbuch für freiwillige Beiträge in Berlin (ca. 5—600 Thlr. jährlich) und das Küchenbuch vorgelegt, auch der actuelle Baarbestand, 7 Thlr., nachgewiesen. Außerdem hatte sie eine Reihe von Fragen, nicht bloß über das Vermögen der hiesigen Anstalt, sondern auch des Kaiser's Mutterhauses, anderer Filialen, Eingebachtes der einzelnen Schwestern, etwaige Erbschaften von deren Verwandten, Ertrag der Pflegegelder u. s. w. zu beantworten, was nur in ganz ungenügender Weise geschehen konnte. Die Versicherung, daß sie sammt ihren Schwestern manchmal für die laufenden Bedürfnisse kaum 5 Sgr. baar besäße, wurde mit zweifelndem Kopfschütteln entgegengenommen. Auch wurde nach den Statuten, der Tagesordnung, dem Zusammenhange mit dem katholischen Vereinshaufe Nr. 11, Theilnahme an Vereinsversammlungen u. s. w. geforscht. Schließlich erfolgte detaillierte Aufnahme des Inventars in den von den Schwestern bewohnten Hausräumen. Von dem Betreten der Clausur, in der die nachpflegenden Schwestern der Ruhe pflegten, wurde auf Befehl der Oberin Abstand genommen, und begnügte man sich mit den mündlichen Angaben. Ueberhaupt muß anerkannt

werden, daß der die Visitation leitende Regierungs-Commissarius sich seiner Aufgabe in durchaus nicht schätzvoller und angemessener Weise erledigte. Nachträglich fanden am Sonnabend weitere Recherchen in dieser Angelegenheit statt beim Verwalter des Hauses, Herrn Commissionsrath Arnold, dem geistlichen Rath Müller und Herrn Kirchenrentant Bräutigam.

**Elberfeld, 21. Juli.** [Schreiben des Kronprinzen.] Als am 11. d. M. der Kronprinz des deutschen Reiches auf der Rückreise nach Potsdam unsere Stadt berührte, war dies nur sehr wenigen bekannt gewesen, und namentlich die Spitzen unserer Behörden erfuhren die Anwesenheit des Kronprinzen erst, nachdem derselbe längst wieder abgefahren war. Herr Oberbürgermeister Jäger richtete deshalb ein Schreiben an den Kronprinzen, worin er im Namen der Bürgerschaft Elberfelds sein Bedauern ausdrückte, daß es nur so Wenigen vergönnt gewesen sei, Seine königliche Hoheit beim Passiren Elberfelds zu sehen und zu begrüßen. In Beantwortung desselben erhielt er heute folgendes Handschreiben:

„Indem ich Ihnen für Ihre Zuschrift vom 15. d. Mts. bestens danke, kann ich mir nicht verhehlen, zugleich der lebhaften Befriedigung Ausdruck zu geben, mit welcher mich die Versicherung der Ergebenheit und anhänglichen Gefinnung erfüllt, welche Sie im Namen der von Ihnen vertretenen Bürgerschaft mir in so warmer Weise erteilen. Ich bitte Sie zu glauben, daß ich eine im Laufe der Zeit sich etwa bietende Gelegenheit, Elberfeld zu besuchen, mit Vergnügen benutze und mich freuen werde, dadurch mein Interesse für Ihre durch Thätigkeit und Gewerbesinn ausgezeichnete Stadt zu betheiligen. Friedrich Wilhelm, Kronprinz.“

**Trier, 20. Juli.** [Das Urtheil im dem Proceß gegen Pastor Classen] und Genossen lautet der „Rheinl. Volkszeitung“ zufolge:

„In Erwägung, daß der Angeeschuldigte Classen einräumt, der Verfasser des betreffenden Schriftstückes zu sein, und die drei übrigen Angeeschuldigten einräumen, mitunterschieden zu haben, und

„in Erwägung, daß nach der Haltung der Schrift den Beamten, welche die Verhaftung vorgenommen haben, vorgelesen wird, daß sie vorläufig und unberechtigt und gewaltsamer Weise während des Gottesdienstes und vor Beendigung der Messe dieselbe gestört haben, ihnen folglich in dieser Denunciation sowohl eine nach dem bürgerlichen Gesetze strafbare Handlung als auch eine Verletzung ihrer Dienstpflicht vorgelesen ist, und

„in Erwägung, daß durch die heutigen Verhandlungen vollständig festgestellt ist, daß die Beamten von der zuständigen Behörde Befehl hatten, Schneider zu verhaften, und daß die Handlung der Polizei keine ungesetzliche, sondern eine gesetzliche war, und daß überhaupt eine erhebliche Ueberschreitung durchaus nicht constatirt ist, daß sie erst dann zur Verhaftung vorgeschritten sind, nachdem der Segen erteilt war, und sie erst dann die Selbste aufstiegen, als sie es thun mußten, um sich durchzusetzen, und daß diese Beamten immer im Dienst mit Kopfbedeckung erschienen, und

„in Erwägung, daß die Verhaftung nach der Lage der Dinge auf eine andere Weise gar nicht vorgenommen werden konnte, da, wenn sie sich auf die Bewachung der Thüren beschränkt hätten, Schneider offenbar wieder, wie früher, entwichen wäre, — somit eine falsche Denunciation vorliegt — und die Thatfachen wesentlich falsch dargestellt sind —

„in Erwägung, daß festgestellt ist, daß zu dem Hochamte der Angeeschuldigte Classen die Einwilligung erteilt hat, er somit durch Rath und That Hilfe geleistet, weshalb er bereits zur Strafe gezogen ist, daß er auch gewußt hat, wie er selbst zugeht, daß die Polizei zur Verhaftung schreiten werde, und daß er gewußt hat, daß die Verhaftung nötigenfalls in der Kirche vor sich gehen werde, daß er aber diese Umstände in der Schrift verschwiegen hat, also verschwiegen hat, daß eigentlich er und Schneider die eigentliche Ursache des Scandals waren, und er dagegen die ganze Verantwortung dem „gewaltsamen Vorgehen der Beamten“ zuschreibt, und unter diesen Umständen die wissenschaftliche Falschung des Classen festgestellt ist, und

„in Erwägung, daß bei den drei übrigen Angeklagten genügende Momente nicht vorliegen,

„aus diesen Gründen erklärt das Gericht nur den Classen für überführt des Vergehens gegen die §§ 164, 165 und 194 des Strafgesetzbuches und verurtheilt Classen zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten und in die Kosten mit Ausnahme derjenigen, welche durch die Vorladungen bezüglich der übrigen Angeklagten entstanden sind, und berechtigt die fälschlich Denuncirten, das Urtheil auf seine Kosten in der „Trier'schen Zeitung“ veröffentlichen zu lassen.“

Pastor Classen hat sofort Appellation gegen dieses Urtheil eingelegt.

**Meiningen, 21. Juli.** [Die Franziskaner] von Fulda gedachten nach Publicirung des Klostergesetzes im Großherzogthum Sachsen-Meiningen eine Niederlassung zu gründen. Auf eine dieserhalb an die dortige Regierung gerichtete Anfrage ist ihnen der Bescheid zugangen, gegen die beabsichtigte Niederlassung selbst sei auf Grund der Freizügigkeit nichts zu erinnern, jedoch könne den Ordensmitgliedern nach den dortigen Gesetzen nicht gestattet werden, irgend welche geistliche Amtshandlungen vorzunehmen.

**Darmstadt, 20. Juli.** [Dementi.] Die „Darmstädter Ztg.“ dementirt in offiziöser Weise „mit aller Bestimmtheit und ohne jeden Rückhalt“, daß ein sogen. „Presbureau“ in Darmstadt existire.

**München, 21. Juli.** [Der Redacteur des „Bayerischen Vaterlandes“, Dr. Sigl.] ist heute Nachmittag befußig Abführung einer 10-monatlichen Gefängnisstrafe in das Zellengefängnis nach Nürnberg abgeführt worden. (In der Depesche im Morgenblatt heißt es irrthümlich: „nach München“.)

**Karlsruhe, 21. Juli.** [Kirchenpolitisch.] Die noch immer bei sämtlichen Gerichtshöfen vorkommenden Verurtheilungen von Neupriestern — in der Regel für den vierten und fünften Wiederholungsfall — haben die Freiburger Curie zum Nachdenken gebracht über das Loos, welches die im vorigen Monat gewählten Concilio-Böglinge bei ihrem Dienstantritt erwartet. Mittheilungen, welche dem „Fr. Z.“ aus Freiburg zugehen, ist zu entnehmen, daß Bischofs-Verweser Käbel die an sich nicht ungeschicklich gewählten Priester des Jahres 1875 nicht im Inlande anzustellen beabsichtigt.

## Frankreich.

**Paris, 19. Juli.** [Die gemäßigten Linke] hielt gestern unter dem Vorsitze des Herrn Jules Ferry eine Versammlung, über welche sie folgendes Protokoll ausgiebt:

Hauptgegenstand der Verathung war der von Herrn Malartre eingebrachte Antrag und der Gegenantrag des Herrn Ferry. Nachdem die Versammlung die Mittheilungen ihres Vorstandes entgegengenommen, unterzog sie die die Frage, wie viel Zeit die Erledigung der Arbeiten in Anspruch nehmen würde, welche die Kammer zum Abschluß bringen muß, ehe sie auseinander geht, einer genauen Prüfung. Mehrere Mitglieder waren mit ausführlichen Aufschlüssen über die gegenwärtig dem Herrausgange vorliegenden Gesetze bei der Hand, von welchen es Sonnabend in den Bureau geübt hatte, daß sie die Kammer während einer langen Reihe von Sitzungen beschäftigen würden. Aus den gegebenen Erklärungen erhellt, daß von den fünf in Frage stehenden Gesetzen nur ein einziges, dasjenige über die Artcurierung von Algerien, mit Erfolg in Angriff genommen werden könnte, während die übrigen über die anderen erst in zwei bis drei Monaten bereit sein werden. Ueberdies erachten sach-



kundige Männer, daß sehr bedenkliche Uebelstände eintreten könnten, wenn zu der Ausführung der kürzlich beschlossenen Gesetzes noch neue Modificationen in der Verwaltung, der Stellung der Officiere und der Organisation des Generalstabes hinzutreten. Die Gesetzesentwürfe müssen also aus dem Programm gestrichen werden und dann stellt sich nichts der Annahme des Gesetzes entgegen. Der Zeitpunkt des Wiederzusammentritts kam ebenfalls zur Sprache. Man fand, daß in Anbetracht der von den Verfassungskommissionen und des organischen Gesetzes anberaumten Fristen die von mehreren Mitgliedern des Cabinets verlangte Ergänzungssession spätestens in den ersten Tagen des October beginnen sollte, damit es möglich wäre, Ende November die Wahlen für die Deputiertenkammer zu vollziehen; aber man würde die den Fristen entsprechenden Schwierigkeiten gänzlich vermeiden, indem man vor den Ferien die Ernennung der 75 auf die National-Verammlung entfallenden Senatorenwahlen besorgte. In keinem Falle konnte die Einteilung in Verfassungskommissionen, hinter denen sich nichts Beringeres verbirgt, als der Wunsch, auf unbestimmte Zeit die Ausführung der Verfassung hinauszuschieben, welche selbst der Zusammentritt der beiden Kammern auf den zweiten Dienstag des Januar festgelegt hat. Am Schluß der Sitzung wurde der Verfassung der Bericht der Commission, die sich mit den Senatorenwahlen beschäftigt, mitgeteilt.

[Der Brief Hohenlohe's.] Der „K. Z.“ schreibt man aus Paris, wahrscheinlich aus der deutschen Post: Verschiedene Blätter kommen auf den Brief des Fürsten Hohenlohe zurück, darunter der „Moniteur“, welcher meint, ob es wohl nicht in Berlin Anstoß erregen würde, wenn Herr von Gontaut-Biron einen Wahlbrief nach Frankreich schreiben und die Haltung Preußens als Wahlargument für seine französischen Landsleute verwenden wollte. Wir haben darauf zu erwidern: Wenn Herr von Gontaut-Biron einen etwaigen Wahlbrief so schreibe, daß er mit Rücksicht auf die Beziehungen Preußens zu Frankreich seinen Landsleuten diejenige Haltung empföhle, welche am geeignetsten ist, den Frieden zu wahren, so könnte er damit höchstens bei einigen Leuten in Frankreich, aber sicher nicht in Deutschland anstoßen. Und wenn er in dem Sinne schreiben wollte, so würde er schwerlich zu Wahlen in ultramontanem Sinne zu raten haben.

## Spanien.

Madrid, 17. Juli. [Entwurf für die neue spanische Verfassung.] (Schluß.)

Titel IV. Vom Congress der Deputierten. Art. 30. Der Congress der Deputierten setzt sich zusammen aus denen, welche die Wahlmänner in der Form, die das Gesetz bestimmt, ernennen. Es wird zum Mindesten ein Deputierter für je 50,000 Seelen ernannt. (In der Verfassung von 1869 bildete das allgemeine Stimmrecht für die Wahlen von Senatoren, Cortesdeputierten, Provinzialdeputierten, Gemeinderäthen einen Teil der Rechte des Titel I. Das demokratische Wahlrecht enthält allgemeines, directes Stimmrecht; im Entwurf ist dieser wichtige Punkt wieder hasta mañana verschoben. Nach Art. 65 der 1869er Verfassung kommt ein Deputierter schon auf 40,000 Einwohner.)

Art. 31. Die Deputierten werden nach der directen Methode gewählt und können unendliche Male wiedergewählt werden. Art. 32. Um zum Deputierten gewählt zu werden, ist es nötig, Spanier und volljährig zu sein und alle bürgerlichen Rechte zu genießen. (Wie in der Verfassung von 1869.) Art. 33. Die Deputierten werden auf fünf Jahre gewählt (bisher drei Jahre). Art. 34. Die Deputierten, welchen die Regierung oder das königliche Haus Pension, Amt, Decoration u. verleiht, verlieren ihr Mandat. Ausnahmen machen die Minister. (Die Verfassung von 1869 erstreckte diese Bestimmung auch auf die Senatoren.)

Titel V. Von der Abhaltung und den Befugnissen der Cortes. Art. 35. Der Congress der Deputierten tritt zusammen am 1. October, oder, falls er zu verschieben, zu suspendiren, zu schließen, den Congress und Wahlteil des Senats zugleich oder einzeln aufzuheben, aber in diesem Fall mit der Verpflichtung, die aufgelösten Körperschaften innerhalb dreier Monate zusammenzurufen und zu versammeln. (Verfassung von 1869, Art. 43, verlangt vier Monate jährliche Session, Einberufung spätestens bis 1. Februar.) Art. 36. Notwendige Einberufung der Cortes, wenn die Krone vacant oder der König regierungsunfähig wird. (Wie Art. 44 der Verfassung von 1869.)

Art. 37. Jeder der gesetzgebenden Körper macht das Reglement für sein inneres Regiment und prüft ebenso die Eigenschaften wie die Gesetzmäßigkeit der Wahl der Mitglieder, die ihn zusammenstellen sollen (Verfassung 1869, Art. 45, nur die gesetzliche Befähigung). Art. 38. Congress ernannt Präsident, Vice-Präsident und Secreräre. Art. 39. Für den Senat ernannt der König aus den Senatoren den Präsidenten und Vicepräsidenten, nur die Secreräre werden gewählt. (Verfassung 1869 Wahl im Senat wie Congress.) Art. 40. König eröffnet und schließt die Cortes in Person oder mittels der Minister. Art. 41. Gleichzeitiges Tages der beiden Körperschaften (wie in Verfassung 1869). Art. 42. Verboten gemeinsame Beratung oder Sitzung in Gegenwart des Königs (wie bisher), ebenso Art. 43. Öffentlichkeit der Sitzungen mit Ausnahmefällen. Art. 44. Die gesetzgebende Initiative steht dem König und jedem der gesetzgebenden Körper zu (wie in Verfassung 1869). Art. 45. Die Gesetze über Steuern und öffentlichen Credit werden zuerst dem Congress vorgelegt. (Verfassung 1869, Art. 50 schließt auch die Gesetze über militärische Streitkräfte ein, sagt außerdem bei, daß für den Fall der Meinungsverschiedenheit der Congress Recht behält.) Art. 46. Beschlußfassung mit absoluter Stimmenmehrheit. Bedingung: Anwesenheit der absoluten Mehrheit der Mitglieder (wie Verfassung 1869).

Art. 47. Wenn einer der gesetzgebenden Körper einen Gesetzentwurf hervorbringt oder ihm der König die Sanction verweigert, kann über denselben Gegenstand kein zweiter Gesetzentwurf in jener Legislaturperiode vorgelegt werden. (In der Verfassung von 1869 sind für den Fall der Meinungsverschiedenheit gemeinsame Sitzungen von Senat und Cortes angeordnet; der Fall, daß ein Gesetz nicht zu Stande kommt, ist nicht vorgegeben.) Art. 48. Theilt dem Congress ferner die Befugnis zu, dem König oder der Regentenschaft den Eid auf die Verfassung abzunehmen, den Vorschlag zu stellen, die Verantwortlichkeit der Minister effectiv zu machen, welche von den Cortes angelegt und von dem Senat gerichtet werden. Art. 49. Senatoren und Deputierte sind unterworfenlich für Meinungsäußerungen und Abstimmungen in Erfüllung ihres Amtes (wie Verfassung 1869, Art. 57). Art. 50. Schließt die Senatoren und Deputierten gegen Verfassung und gerichtliche Verfolgung während der Session. (Der Schutz der Verfassung von 1869 ist kräftiger, sofern ein Urtheilspruch in einem ohne Erlaubnis der Körperschaft gegen einen Senator oder Deputierten angestrebten Proceß ohne Ermächtigung des Senats beziehungsweise des Congresses nicht rechtskräftig wird. Nach dem Entwurf muß ein solcher Fall nur zur Kenntniss der betreffenden Körperschaft gebracht werden, welche dann das Geeignete beschließt.)

Titel VI. Der König und seine Minister. Art. 51. Unterthänigkeit des Königs. Art. 52. Verantwortlichkeit der Minister. Art. 53. Executivgewalt ruht im König. Art. 54. Sanction und Verhängung der Gesetze durch den König. Art. 55. Der König hat den Oberbefehl über Heer und Armada und verfügt über die Streitkräfte zu Wasser und zu Land (Art. 56), verleiht Grade, Auszeichnungen u. nach dem Gesetz. Art. 57. Dem König steht ferner zu Erlaßung von Decreten, Reglements-Instruktionen zur Ausführung der Gesetze, Sorge für Gerechtigkeitspflege, Begnadigung der Verbrecher nach den Gesetzen, Erklärung des Krieges und Abbruch des Friedens, wovon der Cortes nachher Rechenschaft ablegen ist (wie Verf. 1869), Leitung der diplomatischen und commerciellen Beziehungen mit den fremden Mächten; Münzrecht, Verleihung der bürgerlichen Aemter und Auszeichnungen nach den Gesetzen; freie Ernennung und Entlassung der Minister.

Art. 58. Der König bedarf eines Specialgesetzes zur Ermächtigung für Entäußerung spanischer und Aufnahme fremden Gebietes, Zulassung fremder Truppen, Abbruch des Offensiv- und Handelsbündnisses, Abandon der Krone. Art. 59. Der König hat, ehe er seine Ehe eingeht, die den Cortes zur Kenntniss zu bringen, deren Billigung die Verträge und Stipulationen, die Gegenstand eines Gesetzes sein müssen, unterstellt werden. Dasselbe ist in Bezug auf den unmittelbaren Thronfolger zu beobachten. Weber der König nach der unmittelbaren Thronfolge können eine Ehe mit einer Person eingehen, die durch das Gesetz von der Thronfolge ausgeschlossen ist. (Die Verfassung 1869 verpflichtet den König, für alle Personen, welche das Recht der Thronfolge haben und seine Unterthanen sind, bei den Cortes die Einwilligung zur Ehehehlung nachzuweisen.)

Art. 60. Die Dotation des Königs und seiner Familie (Verfassung 1869 nur des „Königs“) wird von den Cortes zu Anfang jeder Regierung festgelegt. Art. 61. Die Minister können Senatoren und Deputierte sein.

Titel VII. Von der Thronfolge. Art. 62. Der legitime König von Spanien ist Don Alfonso XII. de Borbon. Art. 63. Die Nachfolge auf dem Throne Spaniens wird in der regelmäßigen Ordnung der Primogenitur und Repräsentation geschehen, indem immer die frühere Linie der späteren vorgeht; in derselben Linie der nächste Grad dem entfernteren; in demselben Grad der Mann der Frau und in demselben

Geschlecht die ältere Person der jüngeren. Art. 64. Wenn die Linien der legitimen Nachkommen Don Alfonso XII. de Borbon erloschen sind, folgen ihm in der festgestellten Ordnung seine Schwester, seine Tante, Schwester seiner Mutter und ihre legitimen Nachkommen und die seiner Großmutter, Brüder Don Fernando's VII., wenn sie nicht ausgeschlossen sind. Art. 65. Wenn alle bezeichneten Linien erloschen sollten, werden durch ein Gesetz neue Verfassungen gemacht, wie es der Nation am meisten paßt. Art. 66. Irgeend ein Zweifel über die Thronfolge wird durch ein Gesetz entschieden.

Art. 67. Die Personen, die unfähig sind, zu regieren oder die das Recht auf die Krone zu verlieren verdienen, werden von der Thronfolge durch ein Gesetz ausgeschlossen. Art. 68. Wenn eine Frau regiert, hat der Prinz-Genahl keinen Theil an der Regierung.

Titel VIII. Von der Minderjährigkeit des Königs und von der Regentenschaft.

Art. 69. König volljährig mit 16 Jahren. Art. 70. Bei Minderjährigkeit der Königs übernimmt Vater oder Mutter des Königs, und bei ihrem Mangel der nächste verwandte Thronfolger die Regentenschaft; dieser muß aber (Art. 71) Spanier, 20 Jahre alt und von der Thronfolge nicht ausgeschlossen sein. Vater und Mutter können die Regentenschaft nur führen, so lange sie sich nicht wieder verheirathen. Art. 72. Der Regent leistet den Eid der Treue gegen König und Verfassung den Cortes, eventuell vorläufig dem Ministerrath. Art. 73. Wenn Mangel eines rechtmäßigen Regenten wird die Regentenschaft von den Cortes ernannt und hat aus 1, 3 oder 5 Personen zu bestehen. Zwischen führt der Ministerrath die Regierung.

Art. 74. Wenn der König untüchtig wird, seine Würde zu bekleiden und die Cortes dies anerkennen, wird sein erstgeborener Sohn, wenn er volljährig ist, eventuell die Gemalin oder die zur Regentenschaft Berufenen die Regentenschaft führen; und zwar (Art. 75) mit voller Autorität des Königs. Art. 76. Vornam des minderjährigen Königs ist die Person, welche der verstorbenen König im Testament bestimmt hat, wenn sie von spanischer Geburt ist. Ist keiner bestimmt, ist Vater oder Mutter, oder wird er von den Cortes ernannt; im letzten Falle darf er nicht zugleich Regent sein.

Titel IX. Von der Justizpflege.

Art. 77. Sie geschieht im Namen des Königs. Art. 78. Einheit des Rechtes für die ganze Monarchie „unbeschadet der Abweichungen, welche unter besonderen Umständen die Gesetze feststellen“ (wie Verf. 1869).

Art. 79. Nur die Gerichte haben die Befugnis, die Gesetze in Civil- und Criminalsachen anzuwenden, ohne daß sie andere Functionen ausüben könnten als die, zu richten und den Urtheilspruch auszuführen zu lassen. Art. 80. Die Gesetze werden die Gerichte bestimmen, die sie geben sollen, die Organisation von jedem, ihre Befugnisse, die Art ihrer Ausübung und die Eigenschaften der Mitglieder. Art. 81. Die Aburtheilung in Criminalsachen ist öffentlich, in der Form, welche die Gesetze bestimmen.

Art. 82. Die Magistrate und Richter können nicht abgesetzt noch suspendirt werden, außer in den Fällen und Formen, welche das organische Gesetz über Gerichte vorschreibt. Art. 83. Die Richter sind persönlich für jede Gesetzesverletzung, die sie begehen, verantwortlich. (In diesem Titel fehlen die Bestimmungen der Verfassung von 1869, in welcher außerdem die meisten Bestimmungen, die hier auf die organischen Gesetze aufgespart werden, enthalten sind.)

Titel X. Von den Provinzial-Deputationen und den Ayuntamientos.

Art. 84. Befähigt die Wahl und Bestimmung der Mitgliederzahl für die Provinzial-Deputation einem späteren Gesetze vor. Dasselbe in Art. 85 in Bezug auf die Ayuntamientos, welche „von den Gemeinde-Angehörigen, denen das Gesetz dieses Recht überträgt, ernannt“ werden. Art. 86. Die Organisation und Attributionen der Provinzial-Deputationen und Ayuntamientos richten sich nach ihren resp. Gesetzen. Diese werden folgenden Grundsätzen angepaßt werden: 1. Regiment und Leitung der besonderen Interessen der Provinz oder der Gemeinde durch ihre resp. Körperschaften. 2. Veröffentlichung des Finanzhaushalts, Rechnungen und Beschlüsse derselben. 3. Intervention des Königs und zutreffenden Falles der Cortes, um zu verhindern, daß die Provinzial-Deputationen und die Ayuntamientos ihre Befugnisse überschreiten zum Nachtheil der allgemeinen und dauernden Interessen. 4. Bestimmung ihrer Befugnisse in Sachen der Umlagen, damit sie für Provinz und Gemeinde niemals in Widerspruch gerathen mit dem Steuersystem des Staates. (Dieser Titel stimmt mit dem entsprechenden der Verfassung von 1869 überein, nur daß hier die Öffentlichkeit der Sitzungen angeordnet ist. Die Frage ist nur, was das künftige Provinzial- und Municipalgesetz von den demotrafischen Gesetzen der Revolution, namentlich in Bezug auf die Wahlen der Gemeindebehörden und des Alcalde und Beaufichtigung der Finanzgebarung durch die Municipal-Jurten noch übrig lassen.)

Titel XI. Von den Steuern.

Art. 87. Jährliche Vorlage des Budgets in den Cortes. Art. 88. Notwendigkeit eines Gesetzes bei Veräußerung von Staatsgut und Anlehen auf den Nationalcredit. Art. 89. Die öffentliche Schuld steht unter dem besonderen Schutz der Nation. (Verf. 1869, 104 enthält den Befehl: Es wird kein Anlehen gemacht, ohne daß zugleich die Mittel notirt werden, die zur Bezahlung der Rinsen nötig sind.)

Titel XII. Von der militärischen Macht.

Art. 90. Die Cortes stellen alle Jahre, auf Vorschlag des Königs, die stehende militärische Land- und Seemacht fest. (Verf. 1869 verlangt, daß dieselben vor dem Budget notirt werden.)

Zusatzartikel 91. Die Colonien werden durch Specialgesetze regiert. (Die Verf. von 1869 verspricht für die Colonien Reformen, um ihnen den Genuß der allgemeinen Verfassung zuwenden.)

## Großbritannien.

A. A. C. London, 19. Juli. [Das Diner des Cobden-Clubs.] Unter den vielen Jahresessen, welche jede Londoner Saison aufzuweisen hat, steht das Diner des Cobden-Clubs nicht in letzter Reihe. Etwa 200 Freunde und Verehrer des verstorbenen großen Volkswirthes begaben sich am letzten Sonnabend nach Greenwich, wo das Festmahl unter dem Vorhitz Michel Chevaliers, des ausgezeichneten französischen Vorkämpfers für den Freihandel, im Ship Hotel stattfand. Unter den fremden Ehrengästen befanden sich Herr Van de Putte, der holländische Minister für die Colonien, Baron v. Rüdiger, Mitglied des österreichischen Reichsrathes, M. Cor van der Wären, Präsident des belgischen Reichsrathes, Dr. Julius Fouché aus Berlin, Dr. Carl Ritter von Scherzer, österreichischer General-Consul in London, Dr. Groning, Senator aus Bremen u. A. Nach dem Toast auf die Königin überreichte der Marquis von Salisbury dem Vorstehenden unter dem lauten Beifall der Anwesenden die ihm von dem Club in Anerkennung seiner Verdienste um den Freihandel zuerkannte goldene Cobden-Medaille, begleitet von einer Rede, in welcher er einen Vergleich zwischen dem in solcher Weise Gefeierten und Cobden anstellte und zu dem Schluß gelangte, daß die Dienste, die Herr Chevalier seinem Lande Frankreich geleistet habe, ebenso große seien als die, für welche England seinem unsterblichen Cobden verschuldet wäre. Herr Chevalier dankte tief ergriffen für die ihm zu Theil gewordene Auszeichnung, und im Laufe einer mit dem Toast „Gedenken dem Cobden-Club“ verknüpften Rede bemerkte er u. A.: „Der Cobden-Club hat selber und durch seine zahlreichen über die ganze Welt verbreiteten Mitglieder der Sache der Civilisation wichtige Dienste geleistet. Sein Motto: „Freihandel, Frieden und Eintracht unter Nationen“ ist ein stets zu preisendes. Es ist selbst für die am wenigsten entwickelten Zeiten sehr gut gewählt, denn es ruft in dem Geiste bewundernswürdige Segnungen wach, deren Werth die Menschen, wenn ihre Lebensverhältnisse erwidert sind, zu vergessen pflegen. Der erste Punkt, Freihandel, scheint nun so ziemlich auf dem Wege zu sein, einen Theil der Politik aller Regierungen zu bilden und in keiner zu fernem Zeit als Sieger hervorzugehen. Die Mehrzahl der regierenden Klassen anderer Nationen thut ihre Pflicht, wie diejenige auf dieser Seite des Canals sie gethan hat. Aber dies ist nicht ganz der Fall mit den in dem Motto ausgedrückten anderen Segnungen. Es lebt noch immer, und leider in guter Gesundheit und besser Stimmung, eine Schule von Politikern, die Frieden und Eintracht unter Nationen als wilde Träume und chimarische Ideen, tauglich nur für die Erziehung oder literarische Uebung von Rhetorikern, zu betrachten scheinen. Vor zwei oder drei Monaten schienen Frieden und Eintracht unter Nationen für einen Augenblick eine bloße Fäulung zu sein — ein Dampf, bereit zu verfliegen. Satten nicht die Regierungen des Reichs, sowie die russische Regierung einen weisen und festen Standpunkt eingenommen, so dürfte ein weiterbreiteter verheerender Krieg über Europa hereingebrochen sein. Freihandel! Dieser wichtige Gegenstand hat nun seine Probezeit erreicht. Vor dem Ende von 1877 müssen sämtliche Regierungen des festländischen Europa's zu einem Entschlusse in Bezug auf die Erneuerung ihrer Handelsverträge gelangt sein, und dies ist nur die Frage des Zeitpunktes selber. Noch ist die Agitation dieser Frage auf Europa beschränkt. Entweder hat die Universal-Ausstellung, die in diesem Augenblick in Philadelphia für nächstes Jahr so prächtig organisiert wird, keinerlei Bedeutung, oder sie ist ein Zeichen, daß der Tag näher rückt, wo die Freihandelspolitik in dem großen Freistaat der neuen Welt eingeführt werden wird. (Beifall.) Wir haben guten Grund zu der Hoffnung, daß das Freihandelsprincip durch die Erneuerung von Verträgen gefördert werden wird und daß Ende 1877 das continentale Europa dem Punkte, den wir anstreben, näher sein dürfte, als es nun ist. Doch sind zur Sicherung

dieses Resultats ausdauernde Anstrengungen nötig.“ Nach einigen Bemerkungen über den Fortschritt des Freihandels und dessen wohlthätige Wirkungen in Frankreich fuhr der Redner fort: „Der Umstand, daß das continentale Europa Ende April mit genauer Noth einem blutigen Kampfe entging, daß auf dem Festlande ein für die Sache des Freihandels sehr günstiges Gefühl wachgerufen, denn der Freihandel ist mit einer großen Kraft ausgerüstet, die in vielen Fällen den Kriegsgenius zum Weichen nöthigt. Der Freihandel ist der Vorkämpfer und Verbündete des Friedens. Wenn die Handelsverträge, die von Jahr zu Jahr nach der Unterzeichnung des Vertrages von 1866 zwischen England und Frankreich unterhandelt wurden, von älterem Datum gewesen wären, wenn das commercielle Regime, das sie bestellten, der 20 Jahren anstatt vor etwa fünf oder sechs Jahren in Wirksamkeit gewesen wären, dürfte der fürchterliche Krieg, der zwischen Frankreich und Deutschland in 1870 ausbrach, abgewendet worden sein. Das ist die Meinung vieler aufgeschärter Personen auf dem Festlande, ein Umstand, der Vertrauen in den Erfolg des Versuches, die nun sich ihrem Ablaufe nähernden Verträge zu verbessern und neue unter liberaleren Bedingungen zu entwerfen, einflößen dürfte. Die Freihändler des Festlandes werden keine Anstrengungen scheuen, um dieses unschätzbare Resultat zu fördern, und sie freuen sich, daß der Cobden-Club ihre Gefühle völlig theilt und ihnen herzlich Erfolg wünscht.“ Mr. W. C. Forster brachte hierauf einen Toast auf die anwesenden Ehrenmitglieder und Gäste aus, den die Herren Van de Putte, Baron von Rüdiger, General M'Dowell, Dr. Fouché u. A. der Reihe nach beantworteten. Während ersterer von der Sympathie sprach, die die holländische Nation den Anhängern freiständiger Institutionen, religiöser Toleranz und des Freihandels entgegenbrachte, constatirte Herr von Rüdiger, daß das Freihandelsprincip anfangs, auch in Oesterreich immer festere Principien zu fassen, und daß, obwohl die Schutzhöllner auf's Neue ihre Prinzipien geltend zu machen suchten, sie nicht länger solch' hohe Schutzzölle wie vor 10 oder 15 Jahren befruchteten. Er mußte aber gestehen, fügte er hinzu, daß der zwischen England und Oesterreich-Ungarn bestehende Handelsvertrag und insbesondere die Nachtrags-Convention von 1869 wenig Sympathie unter österreichischen Textil-Fabrikanten finde. Es scheint, daß sie die wahren Ursachen der gegenwärtigen beklagenswerthen Lage der österreichischen Industrie unter ihnen übersehen, indem sie dieselbe Lage der Verträge mit England und anderen Mächten zuschreiben. Er hoffe indes, daß der neue Vertrag zwischen England und Oesterreich-Ungarn sich nicht als eine Reaction gegen das bereits inaugurierte System erweisen würde und er sehe hinlänglich Vertrauen in die Weisheit der Staatsmänner und des Parlamentes seines Landes, daß sie jeder ungerechten und einseitigen, obwohl dreisten Agitation in der Richtung des Schutzhölles Widerstand leisten würden. — Eine Deputation der Handelskammer von Glasgow machte am Sonnabend Herrn Chevalier ihre Aufwartung und lud ihn unter Ueberreichung einer Adresse, in welcher den Diensten, die er der Sache des internationalen Freihandels geleistet, hohes Lob gesollt wurde, ein, Glasgow zu besuchen. Herr Chevalier lehnte indes die Einladung ab, da er, wie er bemerkte, jeden Augenblick gewärtigen müsse, nach Frankreich in Verbindung mit dem Canalunternahmeproject zurückgerufen zu werden.

[Die Vorträge für die Festlichkeiten] zu Ehren der in diesem Monat auf die Einladung des Lordmayors hin zum Besuch hier erwarteten auswärtigen städtischen Vertreter werden bereits rüstig betrieben. Die Guildhall ist nun geschlossen, damit die für das große Bankett am 29. d. und den Ball am 30. d. notwendigen Vorbereitungen getroffen werden können. Sämtliche Gäste werden in ihren Anzügen oder in Uniform erscheinen. Sie jetzt haben die Einladung des Lordmayors angenommen: der französische Botschafter in London, der italienische Geschäftsträger, der General-Consul der Schweiz, der Seine-Präsident, der Pariser Polizeipräsident, der Präfect und der Unterpräfect des Pas de Calais, die Bürgermeister von Calais, Bordeaux, Genf, Rom, Florenz, Turin, Lissabon, Oporto, Brüssel, Antwerpen, Amsterdam, Düssel, Orléans u. s. w. Zu dem Ball sind circa 3000 Einladungen erlangt, darunter an die Generalconsule derjenigen Länder, deren auswärtige Vertreter die Einladungen angenommen haben. Den Festlichkeiten wird sich möglicherweise ein Galaest in dem Alexandra-Palast auf Russwells-Platz anschließen, während den fremden Gästen auch Gelegenheit geboten werden wird, gruppenweise unter Führung sachkundiger Cicerone's alle Sehenswürdigkeiten der britischen Metropole in Augenschein zu nehmen.

## Osmanisches Reich.

Cetinje, 12. Juli. [Ueber den Aufstand in der Herzegowina] wird der „K. Z.“ geschrieben: Vor einigen Monaten machte ich Ihnen an dieser Stelle Mittheilung von der zu jener Zeit in der Herzegowina mit größter Festigkeit eingeleiteten und betriebenen Christenverfolgung, die zu einer förmlichen Auswanderung ganzer Dörfer nach dem benachbarten Montenegro führte. Viele Herzegowiner flohen tief ins Gebirge, nachdem sie vorher Haus und Hof ausgeräumt hatten. Nicht anders war es den von den fanatischen Begs verfolgten Rajahs möglich sich vor den Ausschreitungen der herzogowinischen Fendabherren zu schützen. Damals schon sagte ich, daß die in's Gebirge Geflohenen, hauptsächlich aber die auf montenegrinisches Gebiet übergetretenen Christen, schwerlich mehr an eine Rückkehr denken dürfen, da ihrer in diesem Falle noch größere Verfolgung harret. Die Flüchtlinge aber konnten es auf freudigen Gebiet und fern von der ihnen trotz alledem liebgewordenen Heimath nicht lange aushalten. Viele von ihnen kehrten nach und nach zurück; freilich nicht ohne alle Sorge um ihre und ihrer Familien Zukunft, da sie ganz gut wußten, daß die mohammedanischen Begs alles anwenden würden, um sich an ihnen wegen ihrer Flucht nach Montenegro zu rächen. Dieß ist also die Ursache der jüngsten Unruhen in der Herzegowina. Bei der gänzlichen Theilnahmslosigkeit der türkischen Behörden ist es ganz und gar begreiflich, daß die mohammedanischen Begs es wagten, an den zurückkehrenden christlichen Flüchtlingen Rache zu nehmen oder dies wenigstens versuchten. Der Haß der Begs ist vornehmlich gegen die Vornehmsten der Flüchtlinge gerichtet gewesen, weshalb es auch erklärlich ist, daß die Häupter derselben zuerst die Nachsucht ihrer Gewaltthäter fühlen sollten. Eine ganze Reihe von Ausschreitungen seitens der Begs, so wie die gänzliche Theilnahmslosigkeit der türkischen Behörden, oder strengsten Falls sogar eine Parteinahme für die geschehridrigen Handlungen der mohammedanischen Aristokratie — alles dies und noch vieles andere mußte nothwendigerweise unter der Bevölkerung Unzufriedenheit und Erbitterung hervorrufen und dieselbe zur Selbstwehr greifen lassen. Tripto Guback, eines der Häupter jener nach Montenegro geflohenen Christen (Ustoken), wurde sogleich nach seiner Rückkehr von mehreren Türken angehalten und gefragt, weshalb er nach Montenegro geflohen sei. „Um dort Schutz zu suchen vor Euren Gewaltthatigkeiten!“ war Tripto's Antwort. Schon wollten die Türken auf ihn einhauen, als eben in diesem Augenblicke Kotschobascha und Medschlismitglied von Nevesinje, Guro Simovich, hinzutrat und, um Blutvergießen zu verhindern, sich ins Mittel legte, indem er gegenüber den Türken seine Autorität als Richter (Medschlis) geltend machte. Die Türken gaben zwar nach, doch kehrte sich nun ihr Unmuth gegen Simovich, der in einer Medschlisung die Mohammedaner ermahnte, sich nicht zu Gesetzhörsigkeiten und Gewaltthatigkeiten hinreisen zu lassen. Des anderen Tages wurde Simovich ermordet. Den Mord führten einige Mohammedaner aus dem Geschlechte der Medschlispaß aus. Kurz nachher wurde von den Türken ein zweiter Mord ausgeführt. Der Medschlis (Gawritsch) Jola Gurdelsa ward von den Türken des Nevesinjer Bezirkes beschuldigt, den aus Montenegro heimgekehrten herzogowinischen Ustoken (Flüchtlingen) Nahrung verabreicht zu haben. Er suchte sich zu rechtfertigen, indem er den Türken auseinandersetzte, daß er als Medschlis verpflichtet sei, allen ohne Unterschied, die es begehren, Getränke und Nahrung zu verabreichen. Daraufhin wurde Gurdelsa ermordet. Diesen beiden Fällen folgte eine Anzahl anderer. So wurde kurz darnach Jovo Radmilovich aus Radina von sechs Türken überfallen und ermordet. Radmilovich's Waffen und Heerde fielen den Türken als Beute zu. Gleichzeitig ermordeten die Nevesinjer Türken den Bauer Ilija Banjac, der eben auf seinem Ackerfeld beschäftigt war. Während alles dies geschah, rüstete sich Beg Adem Zukow zu einer Expedition ins Gebirge aus, bei welcher Gele-



Verein am Sonnabend zum Thore hinausjante, nur bedauernd, daß nicht alle dem Zuge sich anschließen konnten, daß fast die Hälfte durch Pflicht und Beruf zurückgehalten wurden. Immerhin aber war es ein lauter recht stattlicher Echor — 40 Mann stark — der gegen 6 Uhr in der heitersten, durch manchen von losgelassenen Humor während der Fahrt zu Tage gefördereten Kalauer und — guten Witz — gehobenen Stimmung in Hirschberg anlangte. Ueber die Aufnahme daselbst lassen wir den Bericht des in Hirschberg erscheinenden „Gebirgs-Courier“ folgen: „Zum Empfange hatten sich einzelne Mitglieder hiesiger Gesangsvereine, sowie einzelne Bekannte und Freunde der Antommenden auf dem Bahnhofe eingefunden. Herr Calculator Klemm, früher ein langjähriges Mitglied des Vereins, hatte die Quartierfrage in der Art erledigt, daß die Gäste in drei der hiesigen Hotels untergebracht wurden (falls sie nicht schon, wie unter Anderen der Schreiber dieses, von gastreichen besfreundeten Familien in liebenswürdigster Weise geladen waren). Abends 7 Uhr versammelten sich die Sänger auf dem Festenteller, wofolbst sich noch und noch ein sehr zahlreiches Publikum eingefunden hatte, welches den ausgezeichneten Gesangsvorträgen der fremden Herren mit großem Interesse folgte. Und das war kein Wunder! Der Jung-Ider Verein gemeist nicht mit Unrecht eine gewisse — (statt des hier gebrauchten wohl zu schmeichhaften Aus-

Frankfurt a. O., 20. Juli. [Mefbericht 3.] In glatten Luchen, Cechpiss und ¼ Luche, wie solche in Sagan, Sommerfeld, Sorau, Schmiebus, Finsterwalde, Guben, Kirchbarn, Lengenfeld, Kirchberg, Kroschwitz zc. angefertigt werden, waren die nach hier zur Messe geführten Vorräthe so gering, wie selten zuvor in einer Margarethen-Messe. Die Gründe hievon sind hauptsächlich in der geringen Production zu suchen. — Das wenige, was nach hier geführt war, wurde, wenn auch nicht zu nachtragenden, doch Auslage bedeckenden Preisen zum großen Theil verkauft. Die Fabrikanten aus Bischofswerda, Großenhain, Guben und dergleichen mehr, welche größtentheils nur seine Qualitäten anfertigen, sonach den Meter von 6 und 8 Mark ab und höher, haben befriedigt den Mehrlag verlassen und mußten in Folge der unzureichenden Bestände manch schönen Auftrag zur baldigen Lieferung notiren. Als Hauptnehmer waren Confectionäre aus dem Inland und Grossisten aus Norwegen, Schweden, Dänemark, Ost- und Westpreußen zc., während der Export in Folge der noch immer an den verschiedenen Orten obwaltenden ungünstigen Verhältnisse unthätig blieb. Ordinaire Luche, wie solche in Falkenburg, Kroschwitz, Böbelsn, Bitterfeld zc. fabricirt werden, fanden genügenden und lohnenden Absatz, die namentlich von den Kürschnern stark gekauft wurden. In Winter-Rodstoffen, wie solche in Lodenwalde, Guben, Cosmwig, Leisnig, Sagan zc. erzeugt werden, waren die Vorräthe bei der schon ziemlich vorgeschrittenen Saison nicht bedeutend. Nehmer waren inländische Käufer zu Anfortierung ihrer Jäger und Grossisten für die Speculation, da durch ihre anerkenntenswerthen Leistungen in schwarzer Waare, als Doubles, Satins, Erics, Elastiques zc. die betreffenden Fabrikanten eines ausgezeichneten guten Rufes sich erfreuen. Nur an einem schweren Gewebe erkennt man den guten Arbeiter, der ein Fabrikat erzeugt, das den besten ausländischen Fabrikaten die Spitze bietet, und obgleich im großen Ganzen der Absatz nur als ein mittelmäßiger zu bezeichnen ist, sind dennoch die bescheidenen Ansprüche der Fabrikanten über jede Erwartung befriedigt worden. Namentlich gingen Saganer Stoffe schon in den ersten Tagen sehr gut, woran mehrere andere participirten. Es ist sonach fast anzunehmen, daß bald die Zeit da sein wird, wo wir dem englischen Fabrikat bald ganz Palet sagen werden, da unsere thätigsten Fabrikanten jetzt darauf hinarbeiten, einen



